

„War Against Terror“?

Sozialethische Überlegungen zur Terrorprävention



Die Autorin geht der Frage nach, wie Gewaltprävention angesichts von Terror gelingen kann. Als wichtige Faktoren bei der Terrorprävention werden die Achtung vor dem Völkerrecht und den Grundrechten, insbesondere des Rechts auf Religionsfreiheit, sowie das Konfliktpotential sozialer Ungerechtigkeiten benannt. Darüber hinaus verweist sie auf die (bisher häufig vernachlässigte) Rolle von Religion für die individuellen Lebensläufe radikalierter Muslime und Musliminnen; sie verbindet sich vielfach mit kultureller Entwurzelung und fragilen Identitäten in der Adoleszenz, sowie der Attraktivität der religiösen Verheißungen. Eine erfolgversprechende Terrorprävention kann nicht nur sicherheitspolitisch sein. Vielmehr braucht es vielfacher Ergänzungen, die auf politische Bildung und die Stärkung sozialer Kompetenzen abzielen, sowie eine ernsthafte Auseinandersetzung mit theologischen Inhalten des Dschihadismus sowie eine Begegnungskultur zwischen den Religionen in einer pluralen Gesellschaft schafft.



Ingeborg Gabriel

Der Schock zu Beginn des neuen Jahrtausends – visuell präsent – war die Implosion der New Yorker Twin Towers am 11. September 2001: wirbelnde Betonstücke, Staubwolken, Menschen, die aus den Wolkenkratzern in den Tod sprangen. Die Bilder sind gleichsam Gegenbilder zum Fall der Berliner Mauer, dem Symbol des Staatssozialismus, im Jahre 1989. Denn hier zerbarst ein Symbol der kapitalistischen oder – aus der Sicht der Terroristen – westlichen, christlich-jüdischen Zivilisation. Die Antwort des amerika-

nischen Präsidenten George W. Bush Jr.: die Ausrufung des *war on terror* respektive eines *crusade* in und gegen all jene Staaten, die Terroristen Unterschlupf gewährten. Wiewohl *crusade* im amerikanischen Englisch den entschiedenen Einsatz gegen alle möglichen Übel bezeichnet, so der *crusade against drugs*, ist die Wortwahl doch verräterisch spiegelbildlich zum Aufruf der Dschihadisten, „Kreuzzügler und Zionisten“ zu bekämpfen (Lohlker 2009; umfassend Laqueur 2004).

(der Begriff ist widersprüchlich, da ein Ziel des Dschihadismus die Abschaffung von Staaten ist) war nicht zuletzt eine Konsequenz dieser politisch wie ethisch falschen, ja fatalen Strategie, die zudem wesentlich zur Stärkung des Terrorismus innerhalb und außerhalb der islamischen Welt beitrug.

Diese holzschnittartige Diagnose gibt freilich noch keine Antwort auf die Frage, wie dem Terror jener islamistischen Splittergruppen, die sich weltweit dem Dschihadismus verschrieben haben, heute zu begegnen ist.¹ Was kann gegen Selbstmord-Attentäter und -täterinnen getan werden, deren Ziel es ist – wo immer sich die Möglichkeit bietet – Angst und Schrecken zu verbreiten, um staatliche Ordnungen und die internationale Staatengemeinschaft zu diskreditieren, indem gezeigt wird, dass sie ihre wesentliche Aufgabe, den Schutz ihrer Bürger und Bürgerinnen, nicht erfüllen können. Diese Strategie, die Glaubwürdigkeit des staatlichen Gewalt-

„Kampf der Kulturen“ als ideologische Falle

Die Ausrufung eines Krieges sowie seine religiöse Aufladung waren und sind ethisch höchst fragwürdig und waren politisch eindeutig konterproduktiv. Der Antikriegsappell des von Krankheit bereits schwer gezeichneten Papstes Johannes Paul II. im Jahre 2003 – wiederum eine bildhafte Erinnerung – sowie die Demonstrationen gegen den Afghanistan- und Irakkrieg zeigten wenig Wirkung. Gleichwohl herrscht heu-

te weitgehende Einigkeit darüber, dass das Opfer zahlloser Menschenleben und die Unsummen an Geld zur politischen Destabilisierung des Nahen Osten führten und fatale Auswirkungen auf die Region wie auch auf Europa und die westliche Welt insgesamt hatten. Die Entstehung des „Islamischen Staates“

¹Zum Begriff des Dschihadismus und zu seinen regionalen Varianten vgl. Lohlker 2009, insbesondere 9–55.